

11.04.2018

Justiz Budget - NEUSTART** appelliert: Brauchen mehr Geld für 2019** Sonst könne Standard der Betreuungsarbeit nicht aufrechterhalten bleiben

Wien (APA) - Angesichts der Nachverhandlungen zum Justizbudget meldet sich auch der Verein "**NEU**START****" zu Wort - mit dem dringenden Appell für mehr Geld. Denn "bei den für 2019 vorgesehenen Mitteln können wir den Standard der Betreuungsarbeit nicht aufrechterhalten", sagte Geschäftsführer Christoph Koss zur APA.

Nicht nur die Intensität der Betreuung, auch die Intensität der Kontrolle in einzelnen Arbeitsfeldern wie zum Beispiel Bewährungshilfe oder elektronisch überwachter Hausarrest (Fußfessel) müssten reduziert werden, wenn es bei den derzeit geplanten Budgetansätzen bleibt. Weitere Einschnitte würden Sicherheitsrisiken in der Betreuung entstehen lassen und damit auch Rückfälle wahrscheinlicher machen, warnte Koss.

NEUSTART**** habe in den letzten Jahren schon zahlreiche Kosteneinsparungen - samt Personalabbau - vorgenommen. "Mittlerweile sind sämtliche Spielräume bis an die Grenzen ausgeschöpft."

Aber für 2019 seien de facto um ca. 1,3 Mio. Euro weniger vorgesehen - das würde um fünf Prozent weniger Beschäftigte (23 Stellen) bedeuten. Gleichzeitig sei aber - mit Stand Ende Februar 2018 - sowohl in der Bewährungshilfe (mit 11.010 Klienten) als auch im elektronisch überwachten Hausarrest (371 Fußfessel-Klienten) der absolute Höchststand erreicht worden. Allein mit der Betreuung dieser "Fußfessel"-Klienten durch **NEU**START**** spare sich der Staat rund 600.000 Euro an Haftkosten jährlich, merkte Koss an.

dru/pm

© APA - Austria Presse Agentur. Alle Rechte vorbehalten.

Die Meldungen dürfen ausschließlich zur persönlichen Information und zum eigenen Gebrauch verwendet werden. Jede Veröffentlichung (insbesondere Internet, Intranet) oder sonstige Weitergabe an nicht berechnigte Dritte ist nur mit Genehmigung der APA möglich.